



Vollbesetzte Reihen bei der Eröffnungsveranstaltung des 118. Deutschen Ärztetages in der geschichtsträchtigen Frankfurter Paulskirche.

Freiheit und Verantwortung auf dem 118. Deutschen Ärztetag

Zum 118. Deutschen Ärztetag kamen rund 250 Abgeordnete und zahlreiche geladene Gäste an einen symbolträchtigen Ort – in die Frankfurter Paulskirche, in der im Jahr 1848 das erste frei gewählte Nationalparlament tagte. Freiheit und Verantwortung waren auch die Begriffe, die in den Reden immer wieder fielen. So sprach der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery, mit den Worten des Bundespräsidenten Joachim Gauck: „Freiheit heißt nicht nur frei sein von etwas, sondern auch frei sein zu etwas. Die Freiheit der Erwachsenen hat einen Namen: sie heißt Verantwortung.“

I don't need no doctor

Nach musikalischem Auftakt des Medizinerorchesters Frankfurt, Goethes KOMMchester, mit „I don't need no doctor“ begrüßte der Präsident der Hessischen Landesärztekammer, Dr. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach. Er sei besonders stolz, diese Symbolik fortsetzen zu können. Von Knoblauch betonte die ärztliche Bereitschaft, immer wieder für die eigene Berufstätigkeit einzutreten und Verantwortung für das Allgemeinwesen und die Menschen in der Gesellschaft zu übernehmen. Dies beinhaltet auch, die Begehrlichkeiten des ärztlichen Handelns stets zu hinterfragen. Beim Thema Sterbehilfe machte von Knoblauch klar: „Wir brauchen keine strafrechtliche Regelung, die Berufsordnung

regelt dies ausreichend.“ Auch sprach er die ärztliche Schweigepflicht an. Eine Lockerung stelle das Vertrauen der Patienten zu den Ärzten infrage und sei eine „conditio sine qua non“. Er schloss mit dem Appell, dass ein Land wie Deutschland es selbst schaffen müsse, genügend Ärzte für den Bedarf auszubilden und den Versorgungsbedarf nicht allein durch Anwerben von ausländischen Ärzten decken dürfe, was die Ärzteschaft mit Applaus bekundete.

Qualität im „Place to be“

Der hessische Minister für Soziales und Integration, Stefan Grüttner, nahm in seiner Begrüßung aktuelle Gesetzesvorhaben ins Visier.

Mit dem Versorgungsstärkungsgesetz und der Krankenhausreform würden zentrale Themen wie der Ärztemangel und die Qualität in den Krankenhäusern angegangen. Aber auch international müsse man auf den Bedarf an medizinischer Versorgung gerüstet sein, betonte der Minister, mit Verweis auf die Ebola-Epidemie in Westafrika. „Wir haben ein gutes Gesundheitssystem, müssen aber auch vermehrt in anderen Regionen Hilfestellung leisten.“ Er mahnte, angesichts des demografischen Wandels und eines sich abzeichnenden Ärztemangels, die Kriterien für eine Niederlassung im ländlichen Raum zu überdenken sowie die Kriterien für den Zugang zum Medizinstudium zu überprüfen. Für die Zukunft müsse festgelegt werden, welche ärztlichen Tätigkeiten delegiert und welche unter Umständen substituiert werden können.

Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Peter Feldmann, beschrieb die Stadt mit den Worten der *New York Times* als „Place to be“ und hob damit auf die wirtschaftlich-kulturelle Entwicklung ab, die die Stadt in den vergangenen Jahren durchlief. So stehe Frankfurt als Wirtschaftsstandort, gerade im Bereich Pharma und Wissenschaft, auch für eine gute medizinische Versorgung. Um diese zu optimieren, müsse ressortübergreifend gehandelt werden. Angesichts der demografischen Entwicklung mahnte er an, den Umgang mit den Älteren in der Gesellschaft zu überdenken.

Wiege der Demokratie

Der BÄK-Präsident stimmte die rund 700 Gäste mit einer verheißungsvollen Rede in den Ärztetag ein. Montgomery bezeichnete die Freiberuflichkeit als Grundlage des ärztlichen Handelns, die freie medizinische Entscheidungen sichere sowie ein unabhängiges Patienten-Arzt-Verhältnis garantiere und damit die Patientenrechte wahre. Zugleich warnte er vor einer schleichenden Aushöhlung der ärztlichen Freiberuflichkeit durch staatliche Überregulierung. Als Beispiel nannte der Präsident das geplante GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (GKV-VSG) und die darin enthaltenen Regelungen für Zwangstilllegungen von Arztpraxen. Zwar sei es gelungen, die Überversorgungsgrenze, ab der die Regelung zum Zwangsaufkauf greife, anzuheben. Dennoch bleibe es dabei, so der Präsident, „das ganze Verfahren ist ein Angriff auf die Freiberuflichkeit“, was das Auditorium mit Beifall bekundete.

In diesem Zusammenhang verwies Montgomery auf die geplanten Terminservicestellen. „Welchen Sinn macht es, Praxisstandorte abzubauen, wenn gleichzeitig vorgebliche Termin-



BÄK-Präsident Dr. Frank Ulrich Montgomery eröffnet den 118. Deutschen Ärztetag.

probleme unserer Patienten die Politik auf den Plan rufen? Auch hier stirbt wieder ein Stück Freiheit, nämlich das Recht auf freie Arztwahl“, so der BÄK-Präsident und nannte die Regelung einen „populistischen Schachzug“.

Positiv bewertete er die in dem Gesetzentwurf angelegte verstärkte Förderung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin. Nach den Plänen der Regierung stehen künftig Finanzmittel für 7.500 Ärzte in Weiterbildung zur Verfügung, statt bisher für 5.000. „Dieses Geld muss aber den Kollegen in der Weiterbildung zugutekommen und darf nicht in irgendwelchen Institutionen versickern“, betonte Montgomery.

Mit Blick auf die geplante Krankenhausreform stellte der BÄK-Präsident klar, dass die Ärzteschaft ihre Verantwortung für die Qualitätssicherung in der Patientenversorgung wahrnehme. Er bekräftigte die langjährige Forderung der Ärzteschaft nach einer auskömmlichen Finanzierung des stationären Sektors. „Pflegepersonal und Ärzte sind völlig überlastet. Das erleben die Patienten hautnah.“ Montgomery warf den Ländern vor, nicht ausreichend Geld in die Krankenhäuser zu investieren. Mittlerweile sei ein Fehlbetrag von mehr als 30 Milliarden Euro aufgelaufen. „Das Sparen der Krankenhäuser bei den Betriebsausgaben geht zu Lasten der Versorgung“, warnte der Präsident.

Kritik übte Montgomery auch an dem Tarifentgeltgesetz. So sei das Gesetz ein „Tarifstreitgesetz“, das die Belegschaften der Kranken-

häuser gegeneinander aufhetze. „Wer Frieden und gute Arbeitsbedingungen im Krankenhaus will, wird dieses Gesetz ablehnen müssen.“ Deutliche Worte richtete Montgomery nach Berlin: „Mit diesem Gesetz zerstören Sie den Betriebsfrieden im Krankenhaus. Ziehen Sie den Gesetzentwurf zurück – noch ist es dazu nicht zu spät!“

Ökonomie als dienstbarer Geist

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), bereits zum zweiten Mal zu Gast auf einem Deutschen Ärztetag, sprach von gegenseitiger Wertschätzung, einem gemeinsamen Fundament, als Grundlage für eine gute Zusammenarbeit. Die Rede Montgomerys verstand er als freundliche und zugleich kämpferische Aufforderung, dies unter Beweis zu stellen. Gröhe betonte, wie wichtig verantwortungsvolles Handeln und Sprechen mit den Patienten sei und dass jede Patientin/jeder Patient die Möglichkeit haben müsse, sich auf den Arzt vor Ort verlassen zu können. Er sprach von einer guten fachlichen Versorgung und lobte die Leistungen der Kliniken vor Ort.

Zuletzt habe er in Afrika bei seinem Besuch der von Ebola betroffenen Gebiete erfahren, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem sei. Gröhe dankte allen Ärztinnen und Ärzten für ihre Bereitschaft, Menschen in Not zu helfen. „Ebola hat gezeigt, dass wir zunehmend global denken müssen.“ Er betonte, hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen



250 Delegierte aus 17 Landesärztekammern stimmten über Anträge ab.

schaffen zu müssen und dass der demografische Wandel, längere Lebenserwartungen und eine Zunahme an Erkrankungen unser Gesundheitswesen fordern und eine Weiterentwicklung notwendig machen. Dies müsse jedoch unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen Aspekten erfolgen. „Ökonomie muss ein dienstbarer Geist bleiben, also nachhaltig sein“, so Gröhe. Er sprach auch über den Kabinettsbeschluss zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung. Das, was uns heute an Leistungen zur Verfügung steht, müsse überall abrufbar sein. Er mahnte, die Stärkung ambulanter und stationärer Hospizarbeit voranzutreiben und bezeichnete die Begleitung zum Sterben als eine gemeinsame Aufgabe, was das Auditorium mit Beifall bekundete. Gröhe sprach über das Thema Impfen. Er warnte vor einer Panikmache vor Impfungen und betonte, Masern aus Europa verbannen zu wollen. Auch verteidigte der Bundesgesundheitsminister das GKV-VSG. Mit diesem sei es Krankenkassen möglich, in der gesamten Region Vergütungsanreize zu schaffen und nachgefragte Leistungen zusätzlich zu vergüten. „Wir müssen bereit sein, Dinge auf den Prüfstand zu stellen und weiterzuentwickeln“, sagte der Minister mit Blick auf die Ärzte-Kritik am Gesetz. Vor allem die Kritik an den Praxis-

aufkaufregeln und den Terminservicestellen verwunderten ihn, da dies nicht die „Zentralen des Gesetzes sind“.

Mehr Niederlassungsanreize

Beim Thema drohender Ärztemangel solle man doch vielmehr über Lösungen diskutieren: „Wir brauchen mehr Niederlassungsanreize“, sagte Gröhe – etwa Vergütungsanreize für Stipendienten und die Ausbildung junger Ärzte. Und genau dafür sehe sein Gesetz den Strukturfonds vor. „Das ist ein Ausdruck des Vertrauens der Politik in die Selbstverwaltung.“ Kassenärztliche Vereinigungen hätten so die Möglichkeit, frühzeitig auf drohende Versorgungsengpässe zu reagieren.

Zu guter Letzt sprach der Minister die geplante Reform der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) an. Eine „Renovierung“ sei überfällig. Die Gespräche zwischen BÄK und dem PKV-Verband hätten gute Ergebnisse gebracht. Nun werde es weitere Gespräche mit der Beihilfe zu dem Thema geben. „Das, was für die Zahnärzte gelungen ist – nämlich eine zeitgemäße Anpassung – muss uns auch endlich hier gelingen“, sagte der Minister.

Paracelsus-Medaille

Eine Ärztin und drei Ärzte wurden mit der Paracelsus-Medaille ausgezeichnet: Professorin Dr. Waltraut Kruse aus Aachen, Professor Dr. Hansjörg Melchior aus Kassel, Dr. Dieter Mitrenga aus Köln und Professor Dr. Dr. h. c. Peter C. Scriba aus Münsing-Ammerland.

Arbeitstagung

Einige Delegierte beschworen in ihren Redebeiträgen den „Geist der geschichtsträchtigen Frankfurter Paulskirche“ und wünschten sich, dieser Geist möge auch die Beschlüsse des 118. Deutschen Ärztetages beeinflussen. Der Deutsche Ärztetag tagte schon einmal im Februar 1960 in der Paulskirche in Frankfurt. Damals wollte die Bundesregierung das Machtgefüge in der gemeinsamen Selbstverwaltung zugunsten der Krankenkassen verschieben. Diese Sitzung war der Höhepunkt der Proteste und der Anfang vom Ende der Reformpläne. Montgomery meinte in seinem Grußwort dazu: „Damals hatte die Ärzteschaft gelernt, dass sie, wenn sie nur eng genug beieinander steht, ihre berechtigten Interessen gegen politische Fehlplanungen und gegen die geballte Lobbymacht

der Krankenkassen durchsetzen kann.“ Die Zukunft wird zeigen, inwieweit der „Geist der Frankfurter Paulskirche“ bei der Entscheidung über die Entschließungsanträge geholfen hat.

Gebührenordnung für Ärzte

Dr. Theodor Windhorst, Vorsitzender des Ausschusses „Gebührenordnung“ der BÄK und Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, berichtete über den Stand der GOÄ. Es soll eine moderne und dem aktuellen Stand der medizinischen Versorgung entsprechende GOÄ entwickelt werden.

Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Der 118. Deutsche Ärztetag forderte den Gesetzgeber auf, zentrale Maßnahmen des GKV-VSG zu überarbeiten. Insbesondere die Pläne für den Zwangsaufkauf von Vertragsarztsitzen, die Einrichtung von Terminservicestellen und die geplante Zweitmeinungsregelung würden massiv in die Kompetenzen der ärztlichen Selbstverwaltung eingreifen und sollten revidiert werden. Die ärztliche Freiberuflichkeit müsse als „Garant für die Diagnose- und Therapiefreiheit und für die freie Arztwahl“ gesichert werden. Die Delegierten sprachen sich auch für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser aus und forderten eine klare und einklagbare Verpflichtung der Länder für Krankenhausinvestitionen sowie ergänzende finanzielle Mittel des Bundes. Notwendig sei zudem eine Neukonzeption des DRG-Fallpauschalensystems. Bei der Nachwuchsförderung befürwortete das Plenum eine zügige Umsetzung des angekündigten Masterplans „Medizinstudium 2020“. Notwendig seien vor allem die Bereitstellung ausreichender Mittel für Forschung und Lehre, angemessene Auswahlverfahren bei der Studienplatzvergabe und die Stärkung der Allgemeinmedizin im Studium. Vor dem Hintergrund der Germanwings-Katastrophe lehnte der 118. Deutsche Ärztetag eine weitere Lockerung der ärztlichen Schweigepflicht strikt ab. Patienten müssten die Möglichkeit haben, sich ihrem Arzt im vertraulichen Gespräch zu öffnen.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wurden einstimmig und mit „großem Nachdruck“ aufgefordert, das Tarifeinheitsgesetz nicht zu beschließen. Der vorliegende Gesetzentwurf richte sich gegen die Koalitionsfreiheit des Grundgesetzes und gegen die Tarifautonomie freier Gewerkschaften. Wenn nur noch der Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im Betrieb zur Anwendung komme,

bleibe kein Raum mehr für eine eigenständige Tarifpolitik berufsspezifischer Gewerkschaften, die eine Minderheit im Betrieb vertreten.

Der Besuch von Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder und Jugendliche, wie Schulen, Kindergärten und ähnliches, soll nur noch möglich sein, wenn ein vollständiger Impfschutz gemäß den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) oder eine medizinische Gegenindikation nachgewiesen wird.

Weitere Beschlüsse zu diesem Tagesordnungspunkt wurden unter anderem zu folgenden Themen gefasst: Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen, Vertretung der ärztlichen Spitzenorganisationen in der neu zu schaffenden Präventionskonferenz, Krankenhaus-Strukturgesetz (KHSg), Ausbau der allgemeinen ambulanten Palliativversorgung durch das Hospiz- und Palliativgesetz (HPG).

Medizin in Zeiten globaler Epidemien

Dr. Tankred Stöbe, Präsident der Organisation Ärzte ohne Grenzen, und Professor Dr. René Gottschalk, Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Frankfurt am Main, berichteten eindrucksvoll über globale Epidemien und besonders über die aktuelle Situation bei der Ebola-Krise. Viele Delegierte meldeten sich zu Wort und unterstützten die Arbeit von Ärztinnen und Ärzten bei solchen Krisen im Ausland. Stöbe wünschte sich besonders von den Lan-

desärztekammern, dass wenigstens ein Teil der Zeit von Ärztinnen und Ärzten bei solchen Auslandseinsätzen für die Facharztweiterbildung angerechnet werde. Die Delegierten forderten die Bundesregierung in einem Entschließungsantrag auf, ein staatlich finanziertes und organisiertes medizinisches Hilfswerk (MedHW) einzurichten, um medizinische Soforthilfe mit speziell ausgebildetem Gesundheitspersonal in Krisengebieten zu leisten. Dabei sollten Ärzte und andere Gesundheitsberufe durch Freistellungserleichterungen ihrer Arbeitgeber und sozialrechtliche Absicherung schneller eingesetzt werden können.

Kommunikative Kompetenz

Im ärztlichen Alltag hat die Kommunikation mit den Patienten nach Ansicht der Delegierten einen hohen Stellenwert und müsse daher stärker unterstützt und gefördert werden. Die medizinischen Fakultäten sollten deshalb die in der Approbationsordnung für Ärzte festgelegte Kompetenzentwicklung in der ärztlichen Gesprächsführung konsequent ausbauen. Diese Kompetenz gehöre auch in der ärztlichen Fort- und Weiterbildung gefördert. Die Arbeits- und Rahmenbedingungen in Praxis und Klinik müssten eine geeignete und ruhige Kommunikationssituation ermöglichen, die den Schutz der persönlichen Daten und der ärztlichen Schweigepflicht gewährleiste. Zudem müsse ausreichend Zeit für diese so wichtige Form der ärztlichen Zuwendung und Tätigkeit zur Verfügung stehen.



Die Bayerischen Delegierten brachten wichtige Anträge in die Debatte mit ein.

Berufsordnung

Die (Muster-)Berufsordnung wurde im § 10 (Dokumentationspflichten), § 15 (Forschung), § 18 (Berufliche Kooperation) und § 20 (Vertretung) geändert.

Haushalt der BÄK

Der Deutsche Ärztetag beschloss mit 216 gegen 34 Stimmen den Haushaltsvoranschlag der BÄK für das Geschäftsjahr 2015/2016 in Höhe von 19,7 Millionen Euro. Die Landesärztekammern Berlin, Brandenburg und Rheinland-Pfalz stimmten gegen diesen Haushaltsvoranschlag. Beschlossen wurde auch der Wiedereintritt in den Bundesverband der Freien Berufe (BFB) mit einem Jahresmitgliedsbeitrag von 125.000 Euro. Mehrheitlich gebilligt wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013/2014. Der Vorstand der BÄK wurde einstimmig entlastet.

Gremiendebatte

2014 hat der 117. Deutsche Ärztetag den Vorstand aufgefordert, notwendige Strukturreformen für die BÄK zu formulieren. Der Vorstand hat einen Vorschlag für eine Neuordnung der Gremienstruktur vorgelegt. Die bisherigen 37 Gremien in der ersten Ebene sollen auf 24 reduziert werden. Kontrovers diskutierten die Delegierten vor allem die vorgeschlagene Aufhe-

bung der Statuten der Deutschen Akademie für Allgemeinmedizin und der Deutschen Akademie der Gebietsärzte sowie die Überführung des Deutschen Senats für ärztliche Fortbildung in die allgemeine Gremienstruktur der BÄK. Diese Neuordnung soll Ressourcen für eine zielorientierte und effiziente Bearbeitung der Aufgaben freisetzen, ohne dass Themenfelder verloren gehen.

Die Delegierten nahmen diesen Bericht zur Kenntnis und beschlossen zusätzlich, dass der Vorstand auf dem 119. Deutschen Ärztetag in Hamburg 2016 ein Konzept über das „Ob“ und das „Wie“ der inhaltlichen und finanziellen Ausgestaltung der Überführung der Deutschen Akademie für Gebietsärzte sowie der Deutschen Akademie für Allgemeinmedizin in die einheitliche Gremienstruktur der BÄK vorzulegen habe. Eine Entscheidung soll in einem Jahr fallen. Damit bis dahin keine neuen Mandatsträger gewählt werden müssen, wurden die aktuellen Mandate um ein Jahr verlängert.

Dr. Franz-Joseph Bartmann, Vorsitzender der Weiterbildungsgremien der BÄK, und Dr. Ulrich Clever, Vorsitzender des Ausschusses „Ambulante Versorgung“, berichteten über den Sachstand der Novellierung der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO). Für die MWBO lautet die Leitfrage: „Welche Kompetenzen benötigt ein Arzt, um als Facharzt eigenständig tätig zu sein?“. Für die einzelnen Weiterbildungsblöcke und Weiterbildungs-Modi werden „anwen-

dungsbezogene Kenntnisse und Erfahrungen“ (Kennen und Können) und „kenntnis- und erfahrungsgestützte Anwendung und Fertigkeiten“ (Beherrschen) definiert. Die Dokumentation der Weiterbildung soll in einem eigenen elektronischen Logbuch erfolgen. Damit soll eine kontinuierliche Erfassung des Weiterbildungsfortschritts möglich sein. Das Logbuch soll auch die Grundlage und eine Strukturierungshilfe für das jährliche Weiterbildungsgepräch sein. Aktuelle Informationen zum Stand der Novellierung der MWBO gibt es auf der Internetseite www.baek.de/novelle-mwbo

Das Ärzteparlament lehnte alle Bestrebungen, die Unterschiede zwischen ärztlicher Ausbildung und ärztlicher Weiterbildung zu nivellieren, ab. Die ärztliche Ausbildung ende mit der Approbation. Die weitere Qualifizierung zum Facharzt, in Schwerpunkten und Zusatz-Weiterbildungen erfolge im Rahmen der Tätigkeit als Ärztin bzw. Arzt. Weiterbildung sei ärztliche Berufsausübung. Die verschiedenen Facharzt-richtungen stellten keine eigenen ärztlichen Berufe dar, sondern seien eine Form der Berufsausübung des einheitlichen Arztberufes. Weiter ausgebaut werden sollen die ambulanten Weiterbildungsmöglichkeiten in patientennahen Fachgebieten im Interesse einer bestmöglichen Qualifizierung. Die Finanzierung der ambulanten fachärztlichen Weiterbildung soll vergleichbar zum Förderprogramm Allgemeinmedizin vom Gesetzgeber eigenständig im Sozialgesetzbuch V (SGB V) geregelt werden. Die Delegierten sprachen sich für eine Mischfinanzierung aus.

Tätigkeitsbericht der BÄK

Beim Tagesordnungspunkt 6 wurden über 150 Entschließungsanträge gestellt. Themen waren unter anderem Qualitätssicherung und Patientensicherheit, SGB V und Gesetzliche Krankenversicherung, Sucht und Drogen, Psychotherapie, Menschenrechte und Geschichte der Ärzteschaft, Krankenhaus, Kinder- und Jugendgesundheit, Internationales, Gesundheitsberufe, ärztliche Fortbildung, Deutscher Ärztetag, Europäische Union, Versorgungswerke, Telematik – Telemedizin – E-Health-Gesetz.

Der 119. Deutsche Ärztetag findet vom 24. bis 27. Mai 2016 in Hamburg statt. Austragungsort für den 120. Deutschen Ärztetag vom 23. bis 26. Mai 2017 ist Freiburg im Breisgau.

Alle Entschließungen des 118. Deutschen Ärztetages können auf der Internetseite www.baek.de nachgelesen werden.

Jodok Müller, Sophia Pelzer
(beide BLÄK)



Die BLÄK-Vizes Dr. Wolfgang Rechl und Dr. Heidemarie Lux während der laufenden Beratungen.